

**- Zustellung gegen Empfangsbekanntnis -****Verwaltungsgericht Berlin**

10557 Berlin-Moabit, 27.8.2010

Kirchstraße 7

Fernruf:

(030)

9014-0

Durchwahl:

(290)

9014-

Intern:

(914-111)

Telefax:

(030)

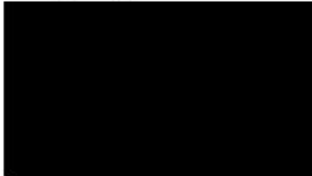
9014-8790

Internet:

http://www.berlin.de/vg

App.-Nr.  
9010**Telefax**

Empfänger:



Telefax-Nummer:

Amt: 446 79 220

quer

**- Bitte sofort vorlegen -****Übertragungsdeckblatt****zur Telefaxzustellung**

Aktenzeichen: 1011/2010 SHI

Seitenzahl: 10 (einschl. Deckblatt)

Bemerkungen:

Name des Übermittelnden Justizbediensteten:

**Empfangsbekanntnis** über die Zustellung (§ 56 Abs. 2 VwGO i.V.m. § 174 Abs. 2 ZPO)

Aktenzeichen VG 1 L 227.10	Datum 27.8.2010	Anlage 1 Beschluss v. 27.8.2010

Sofort zurückerbeten an:

<b>Verwaltungsgericht Berlin</b> Kirchstraße 7  10557 Berlin	Abgesandt am 27.08.10
	Empfangen am     (Unterschrift und ggf. Stempel des Empfängers)

Dieses Empfangsbekanntnis kann per Post oder per Fax unter der Nummer (030) 9014-8790 (intern: 914-8790) zurückgesandt werden.

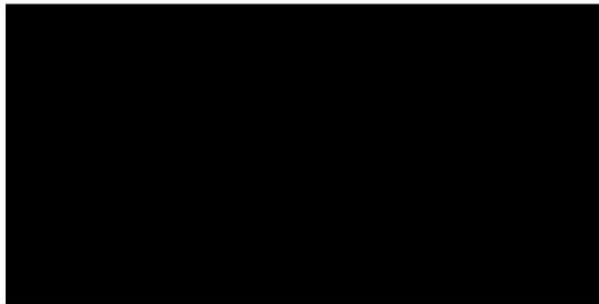
**VG 1 L 227.10**



VERWALTUNGSGERICHT BERLIN

BESCHLUSS

In der Verwaltungsstreitsache



Antragstellers,

g e g e n

das Land Berlin, vertreten durch  
den Polizeipräsidenten in Berlin,  
Stab PPr - Stab 6 - ,  
Platz der Luftbrücke 6, 12096 Berlin,

Antragsgegner,

hat die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin durch

den Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Dr. Peters,  
den Richter am Verwaltungsgericht Marticke und  
den Richter Hickmann

am 27. August 2010 beschlossen:

Der Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes wird abgelehnt.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.

Der Wert des Verfahrensgegenstandes wird auf 5.000,- Euro festgesetzt.

- 2 -

## Gründe

### I.

Der Antragsteller wendet sich im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes gegen eine versamlungsrechtliche Wegstreckenauflage.

Am 8. August 2010 meldete der Antragsteller beim Antragsgegner für den 28. August 2010 in der Zeit von 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr einen Aufzug unter dem Motto „Kein Kiez für Nazis!“ an. Der Aufzug sollte mit einer Auftaktkundgebung in der Bizetstraße in Höhe der Hausnummern 46 – 51 beginnen und dann eine Wegstrecke über die Bizetstraße, Smetanastraße, Berliner Allee, Lindenallee, Gounodstraße, Indira-Gandhi-Straße und Berliner Allee bis zum Abschlusskundgebungsort Berliner Allee/Rennbahnstraße nehmen. Es sollte ein Lautsprecherwagen mitgeführt werden. Der Veranstalter erwartete 250 Teilnehmer.

In der Zeit vom 27. bis 28. August 2010 findet im Bereich Berliner Allee, zwischen Lindenallee und Antonplatz, sowie im Park am Weißen See, das jährliche Weißen-seer Blumenfest statt. Ebenfalls am 28. August 2010, gegen 15:30 Uhr, wird dort der Blumenkorso durchgeführt vom Park am Weißen See über die Berliner Allee in Richtung Antonplatz und dieselbe Strecke zurück.

Auf der Internetseite – <http://keinkiezfuernazis.blogspot.eu> – wird die Gruppierung der „Freien Nationalisten Berlin Mitte“ (FN-Mitte) thematisiert, zu denen auch ein Rechtsradikaler mit Namen Christian S. zähle, wohnhaft in der Bizetstraße. Die Demonstration des Antragstellers wird u.a. von der „Jugend Antifa Nord Ost (JANO)“ unterstützt, die auf ihrer Internetseite – <http://janoberlin.blogspot.de> – zur Teilnahme an der Veranstaltung aufrief und Christian S. als Rechtsradikalen und Anwohner der Bizetstraße ebenfalls benannte. Zudem bezeichnete die JANO das jährlich stattfindende Blumenfest als Treffpunkt für Rechtsradikale. Diese würden sich dort „besaufen“ und „herumpöbeln“. Für Migranten und andersdenkende Menschen sei dort kein Platz, da „rassistische Pöbeleien“, „Angriffe“ und „sonstige Anfeindungen“ dort an der Tagesordnung seien. Hiergegen wolle man am 28. August 2010 demonstrieren und die Zustände so nicht hinnehmen.

- 3 -

Mit Bescheid vom 25. August 2010 versah der Polizeipräsident in Berlin die Versammlung mit verschiedenen für sofort vollziehbar erklärten Auflagen, darunter:

- „1. Die Durchführung der Auftaktkundgebung in der Mahlerstraße an der Kreuzung zur Bizetstraße wird untersagt. Die Auftaktkundgebung ist stattdessen auf der Freifläche vor der Schule im Kreuzungsbereich Herbert-Baum-Straße/Bizetstraße durchzuführen. Der Aufzug ist dann über Bizetstraße, Indira-Gandhi-Straße und Berliner Allee zum abgesprochenen Endplatz in der Bernkasteler Straße an der Einmündung zur Berliner Allee zu führen. Die Nutzung der „Schleife“ Smetanastraße, Berliner Allee, Lindenallee durch Ihren Aufzug wird damit ebenfalls untersagt.“

Zur Begründung dieser Auflage führte die Behörde im Wesentlichen aus: Zweck des Aufzuges sei es, gegen politisch Andersdenkende vorzugehen. Hierzu sei eine Wegstrecke gewählt worden, die einige Wohnorte von Personen in der Bizetstraße und der Berliner Allee passiere, die der Antragsteller zur rechten Szene zähle. Insbesondere Christian S. werde damit zum Zielobjekt gemacht. Die Einwirkung auf das private Wohnumfeld einzelner Personen müsse hier vermieden werden, da sonst eine „Belagerungssituation“ entstünde, welche mit den grundgesetzlich garantierten Individualgrundrechten aus Art. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG nicht vereinbar sei. Andernfalls werde die politische Auseinandersetzung mit Gegnern in deren Privatsphäre hineingetragen. Die Wegstreckenaufgabe sei ebenfalls erforderlich, um den ungestörten Ablauf des Blumenfestes und des Blumenkorsos zu gewährleisten, da die angemeldete Wegstrecke auf der Berliner Allee und somit auf derselben Straße verlaufe. In Anbetracht der Aufrufe im Internet gegen das Blumenfest sei eine räumliche Trennung beider Veranstaltungen erforderlich, denn andernfalls sei mit verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen der Teilnehmer beider Veranstaltungen zu rechnen.

Der Antragsteller hat am 27. August 2010 beim Verwaltungsgericht den Antrag gestellt, die aufschiebende Wirkung seines Widerspruchs wiederherzustellen. Zur Begründung führt er aus: Ziel des Aufzuges sei es, ein Zeichen gegen eine in jüngerer Zeit gehäufte rechtsradikale Betätigung in Weißensee zu setzen. Nur durch die Inanspruchnahme der Berliner Allee habe er die Möglichkeit, ein größtmögliches Publikum zu erreichen, zumal eine große Anzahl der dortigen Anwohner sich auf dem zeitgleich stattfindenden Blumenfest befinden werde. Er halte das Blumenfest nicht mehr für einen Sammelpunkt von Rechtsradikalen, weil bereits im Jahr 2009 versucht worden sei, die NPD von dem Fest auszuschließen. Die derzeitige Anschrift

- 4 -

des Christian S. werde der Aufzug meiden. Dass in der Berliner Allee ein weiterer Rechtsradikaler wohne, sei ihm nicht bekannt. Er sei bereit, auf die Belange des Blumenkorsos Rücksicht zu nehmen.

Der Antragsteller beantragt,

die aufschiebende Wirkung seines Widerspruchs wiederherzustellen,

1. soweit dem Antragsteller untersagt ist, die in dem angegriffenen Bescheid bezeichnete „Schleife“ Smetanastraße, Berliner Allee, Lindenallee bis Bizetstraße zu nutzen (Auflage 1 Satz 4)

hilfsweise

2. mit der Maßgabe, dass der Antragsteller den Aufzug statt der „Schleife“ Smetanastraße, Berliner Allee, Lindenallee von der Bizetstraße über die Lindenallee und Berliner Allee zur Kreuzung Indira-Gandhi-Straße führen darf.

Der Antragsgegner beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Er verteidigt den angefochtenen Bescheid. Ergänzend führt er aus, dass selbst die breite Berliner Allee und die in deren Mitte gelegenen Straßenbahnschienen nicht ausreichen, um bei Übergriffen die Teilnehmer beider Veranstaltungen zu trennen. Als bekannt geworden sei, dass das Blumenfest durch die CDU organisiert werde, sei es in der Nacht vom 25. auf den 26. August 2010 zu Anschlägen auf zwei CDU-Objekte in Berlin-Hellersdorf und Berlin-Zehlendorf gekommen, bei denen mit brauner und schwarzer Farbe gefüllte Gläser gegen die Objekte geworfen worden seien. An der Kreuzung Indira-Gandhi-Straße/Berliner Allee bestehe Sichtkontakt beider Veranstaltungen.

## II.

Der zulässige Antrag (Haupt- und Hilfsantrag) ist unbegründet.

Es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung des Bescheides, da die Rechtmäßigkeit der angefochtenen Wegstreckenaufgabe bei summarischer Prüfung keinen ernstlichen Zweifeln unterliegt (vgl. § 80 Abs. 4 Satz 3 VwGO).

Nach § 15 Abs. 1 VersG kann eine Versammlung oder ein Aufzug von der zuständigen Behörde verboten oder von bestimmten Auflagen abhängig gemacht werden, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Veranstaltung unmittelbar gefährdet ist. Wegen der besonderen Bedeutung der grundrechtlich verbürgten Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) für die Funktionsfähigkeit der Demokratie darf ihre Ausübung nur zum Schutz gleichwertiger anderer Rechtsgüter unter strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit begrenzt werden (BVerfGE 69, 315, 348 f.). Die Versammlungsfreiheit hat nur dann zurückzutreten, wenn eine Güterabwägung unter Berücksichtigung des Freiheitsrechts ergibt, dass dies zum Schutz anderer gleichwertiger Rechtsgüter notwendig ist (BVerfG, a.a.O. S. 353). In diese Güterabwägung ist besonders der mit der Versammlung oder dem Aufzug intendierte Zweck einzubeziehen mit der Folge, dass die Anforderungen an versammlungsrechtliche Beschränkungen um so höher sind, je nachhaltiger sie sich auf die Vermittlung des Anliegens der Veranstalter in der Öffentlichkeit auswirken.

Im Rahmen der Güterabwägung ist auch das Recht der Träger des Grundrechts der Versammlungsfreiheit zu berücksichtigen, selbst über Art und Umstände der Ausübung ihres Grundrechts zu bestimmen, also zu entscheiden, welche Maßnahmen sie zur Erregung der öffentlichen Aufmerksamkeit für ihr Anliegen einsetzen wollen. Diese Einschätzung der Grundrechtsträger ist jedenfalls insoweit maßgeblich, als sie gleichwertige Rechte Dritter nicht beeinträchtigt. In diesem Umfang ist die Wahl des Veranstalters von Ort, Zeitpunkt und Art der Versammlung zu respektieren. Vom Selbstbestimmungsrecht der Grundrechtsträger ist jedoch nicht die Entscheidung umfasst, welche Beeinträchtigungen die Träger der kollidierenden Rechtsgüter hinzunehmen haben. Kommt es zu Kollisionen, ist deshalb gerichtlich zu prüfen, ob das Selbstbestimmungsrecht unter hinreichender Berücksichtigung der gegenläufigen Interessen Dritter oder der Allgemeinheit ausgeübt worden ist (vgl. BVerfG, Urteil vom 24. Oktober 2001 – 1 BvR 1190/90, 2173/93 und 433/96 –, NJW 2002, 1031). Gemessen daran ist eine Einschränkung der Versammlung des Antragstellers in der angemeldeten Form zur Wahrung der Rechte Dritter gerechtfertigt.

Die Verlegung des Aufzugs aus dem Bereich der Berliner Allee in Höhe des Hauses 110 ist erforderlich, weil der Aufzug anderenfalls unmittelbar an der Privatwohnung einer dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnenden Person vorbeiführen würde, gegen die sich der Aufzug unter anderem richtet. Am angemeldeten Ort der Auftaktkundgebung wohnt ein Herr S., der auf der Seite <http://keinkiezfurnazis.blogspot.eu> und in einem Internetaufruf der Jugend Antifa Nord Ost (JANO) zum streitgegenständlichen Aufzug vom 4. August 2010 namentlich benannt wurde. Vor dieser Person war von Antifa-Anhängern auf Plakaten im Bezirk namentlich und mit Foto gewarnt worden. Zwar hält der Antragsteller am angemeldeten Auftaktort des Aufzuges nicht mehr fest. Der Zug würde nach der Route im Hauptantrag an der Wohnung einer anderen der rechtsradikalen Szene zuzurechnenden Person (Berliner Allee 110) vorbeiführen. Auch wenn der Antragsteller behauptet, diese Person und die Adresse seien ihm nicht bekannt, so ist ihm diese doch nunmehr im Verwaltungsverfahren bekannt geworden. Der Zug richtet sich nicht nur gegen Herrn S., sondern auch gegen andere in der Umgebung wohnende Rechtsradikale. Wie sich einem Bericht auf [linksunten.indymedia.org](http://linksunten.indymedia.org) unter dem Titel „Berlin Weißensee: Neonazi geoutet“ entnehmen lässt, wurde nicht nur Herr S. namentlich und mit Bild genannt, sondern es wurde auch andere Rechtsradikale mit Fotos plakatiert. Der geplante Aufmarsch durch den Antragsteller und weitere Personen würde bei ungehinderter Durchführung eine unmittelbare Gefährdung des - mit dem Versammlungsgrundrecht gleichrangigen - Persönlichkeitsrechts der Betroffenen aus Artt. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG nach sich ziehen. Grundsätzlich steht nämlich jedem Einzelnen zur freien und selbstverantwortlichen Entfaltung seiner Persönlichkeit ein eigenständiger „Innenraum“ zu, in den er sich zurückziehen kann, zu dem einerseits der Staat keinen Zutritt hat und in dem er in Ruhe gelassen werden muss, für den andererseits der Staat ihm aber auch Schutz davor zu gewährleisten hat, dass nicht andere Personen, die an ihm etwas zu kritisieren finden, darin eindringen können (vgl. etwa BVerfGE 6, 32, 41; 27, 1, 6; 32, 273, 278 f.). Dieser unantastbare Bereich privater Lebensgestaltung schützt insbesondere davor, sich durch Kritiker des bisherigen, in die Öffentlichkeit gedruckten Verhaltens auch in diesem Innenbereich der Wohnung anprangern lassen zu müssen (vgl. VGH Kassel, NJW 1994, 1750). Die unmittelbare Umgebung ist daher von Veranstaltungen frei zu halten, die geeignet sind, einen mit Artt. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG nicht zu vereinbarenden psychischen Druck (sog. Belagerungssituation) zu erzeugen (VGH Kassel, a.a.O. m.w.N.). Die Kammer hat bereits entschieden, dass es entscheidend auf die Umstände des Einzelfalles ankommt, ob und in welchem Umfang das in Art. 8 Abs. 1

GG garantierte Versammlungsgrundrecht hinter Artt. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG zurücktreten muss (Beschluss vom 12. August 1994, VG 1 A 315.94, vom 9. Januar 2003, VG 1 A 7.03 sowie vom 17. Dezember 2004, VG 1 A 325.04). Danach ist bei der Güterabwägung der beiden kollidierenden Rechte stets zu beachten, dass die Ausübung politischen Drucks zwar regelmäßig zum Gewährleistungsbereich des Art. 8 GG gehört; andererseits kann sich aber aus der exzessiven Dauer oder der Form einer Demonstration ergeben, dass dem Recht auf ungestörte Privatsphäre Vorrang vor dem Recht auf Versammlungsfreiheit einzuräumen ist (vgl. auch BVerfG, NJW 1987, 3245). So liegt der Fall hier. Bereits die Plakatierung des Herrn S. und anderer Mitglieder der „Freien Nationalisten Mitte“ überschritt das Maß des rechtlich Zulässigen. Den Vorbeimarsch einer ihm feindlich gesonnenen Demonstration, an der möglicherweise auch gewaltbereite Personen teilnehmen, braucht der Betroffene direkt vor seiner Haustür nicht hinzunehmen.

Im Übrigen kollidiert der angemeldete Aufzug, soweit er nach dem Haupt- und nach dem Hilfsantrag über die Berliner Allee führen soll, mit dem dort gleichzeitig stattfindenden Weißenseer Blumenfest und dem Blumenkorso. Hierbei hat die Versammlungsbehörde im Widerstreit der Rechtspositionen des Antragstellers und der Teilnehmer des Blumenfestes letzterem rechts- und ermessenfehlerfrei den Vorrang eingeräumt. Die Kammer hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass beim Zusammentreffen zweier Veranstaltungen die Versammlungsbehörde die im Einzelfall bestehenden Grundrechte und Rechtsgüter mit Verfassungsrang miteinander abzuwägen. Im Konfliktfall sind die beteiligten Interessen durch praktische Konkordanz zum Ausgleich zu bringen (ständige Rechtsprechung, vgl. Beschluss vom 28. April 2005, VG 1 A 65.05).

Für einen Vorrang des Blumenfestes und des Blumenkorsos, die sich jedenfalls auf die allgemeine Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG stützen können, spricht, dass diese seit Jahren am gleichen Ort stattfinden und zeitlich früher angemeldet wurden als der Aufzug des Antragstellers. Zwar nimmt das Blumenfest nur eine Straßenseite der Berliner Allee in Anspruch. Gleichwohl könnte der Aufzug des Antragstellers nicht auf der anderen, lediglich durch Straßenbahnschienen voneinander getrennten Straßenseite stattfinden, ohne dass erhebliche Gefahren für öffentliche Sicherheit drohen würden. Zwar behauptet der Antragsteller nunmehr, dass sich der Aufzug nicht gegen das Blumenfest richte, sondern im Gegenteil die Besucher des Blumenfestes ansprechen solle. Die Erkenntnislage spricht bei der im Eilverfahren allein möglichen summarischen Prüfung indes dafür, dass sich die Ver-

sammlung – jedenfalls nach ihrer ursprünglichen Konzeption – auch gegen das Blumenfest richtet. Dass der Aufzug unter diesem Motto zur selben Zeit und am selben Ort wie das Blumenfest stattfinden soll, ist kein Zufall. Dies zeigt auch der Internetaufruf der Jugend Antifa Nord Ost vom 4. August 2010. Zudem wenden sich die Aufrufe der letzten Tage auch gegen den der CDU zugehörige Veranstalter des Blumenfestes, der die Polizei um eine Verlegung des Aufzugs des Antragstellers auf einen anderen Tag gebeten hatte. Zu den Organisationen, die zur Versammlung aufrufen, zählen zahlreiche Gruppe insbesondere der Antifa, die dem gewaltbereiten linken Spektrum zuzuordnen sind und zu deren Anhängern der so genannte „schwarze Block“ zu zählen ist, von dem in der Vergangenheit häufiger auf Versammlungen Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen ausgegangen sind. Angesichts der räumlichen Verhältnisse auf der Berliner Allee wäre die Polizei nicht in der Lage, massive Ausschreitungen aus dem Aufzug des Antragstellers heraus auf das Volksfest zu unterbinden. Diese Gefahrenprognose gilt unabhängig von den Anschlägen der letzten Nächte auf Büroräume von CDU-Politikern, die den Antragsteller und den zu seiner Versammlung aufrufenden Organisationen nicht ohne weiteres zugerechnet werden können.

Das Interesse des Antragstellers an einer räumlichen Nähe zum Blumenfest wird insoweit gewahrt, als der Aufzug an der Kreuzung Indira-Gandhi-Straße/Berliner Allee in Hör- und Sehweite am Blumenfest vorbeiführen wird.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 155 Abs. 1 VwGO, die Streitwertfestsetzung beruht auf §§ 39, 52 ff. GKG.

### **Rechtsmittelbelehrung**

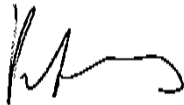
Gegen die Sachentscheidung ist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zulässig. Die Beschwerde ist bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin, schriftlich oder in elektronischer Form (Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit der Justiz im Lande Berlin vom 27. Dezember 2006, GVBl. S. 1183, in der Fassung der Zweiten Änderungsverordnung vom 9. Dezember 2009, GVBl. S. 881) einzulegen. Die Frist für die Einlegung der Beschwerde endet zwei Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Beschlusses schriftlich oder in elektronischer Form zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin, einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinander setzen.

- 9 -

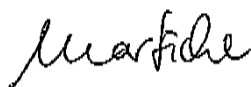
Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für die Einlegung der Beschwerde. Als Bevollmächtigte sind Rechtsanwälte und Rechtslehrer an einer Hochschule im Sinn des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt zugelassen. Darüber hinaus können auch die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 der Verwaltungsgerichtsordnung bezeichneten Personen und Organisationen auftreten. Ein als Bevollmächtigter zugelassener Beteiligter kann sich selbst vertreten. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt vertreten lassen; das Beschäftigungsverhältnis kann auch zu einer anderen Behörde, juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem der genannten Zusammenschlüsse bestehen. Richter dürfen nicht vor dem Gericht, ehrenamtliche Richter nicht vor einem Spruchkörper auftreten, dem sie angehören.

Gegen die Streitwertfestsetzung ist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,00 Euro übersteigt. Die Beschwerde ist bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin, schriftlich oder in elektronischer Form oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen. Sie ist innerhalb von sechs Monaten einzulegen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat. Der Vertretung durch einen Prozessbevollmächtigten bedarf es nicht.

Dr. Peters



Marticke



Hickmann

